

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK

herausgegeben vom Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik
an den österreichischen Universitäten

vol. XXIV 1–2008

MEDIEN IM NORD-SÜD-KONFLIKT

Schwerpunktredaktion: Bettina Köhler

mandelbaum *edition südwind*

Inhaltsverzeichnis

- 4 BETTINA KÖHLER
Medienkritik im Nord-Süd-Verhältnis
- 16 CEES J. HAMELINK
New Media, the Internet and the North/South Conflict
- 33 JANET WASKO
What is Media Imperialism?
- 57 NAOMI SAKR
Oil, Arms and Media: How US Interventionism Shapes Arab TV
- 82 GEORGETTE WANG
Reconceptualizing the Role of Culture in Media Globalization:
Reality Television in Greater China
- 99 FRANZ NUSCHELER, VERONIKA WITTMANN
*Global Digital Divide: eine neue Dimension der Zentrum-
Peripherie-Polarisierung*
- 122 ALMUT SCHILLING-VACAFLOR
Indigene Identitäten und politisch-rechtliche Forderungen im
bolivianischen Verfassungsänderungsprozess: ein Vergleich der
CONAMAQ und der CSUTCB
- 146 Rezension
- 150 SchwerpunktredakteurInnen und AutorInnen
- 154 Impressum

ALMUT SCHILLING-VACAFLOR

Indigene Identitäten und politisch-rechtliche Forderungen im bolivianischen Verfassungsänderungsprozess: ein Vergleich der CONAMAQ und der CSUTCB

1. Einleitung

Kulturelle Identitäten und politische Systeme stehen in einem engen Wechselverhältnis zueinander. Die Zusammenhänge zwischen indigenen Identitäten und politisch-rechtlichen Forderungen werden im Folgenden anhand indigener Organisationen im bolivianischen Verfassungsänderungsprozess aufgezeigt. Dabei wird verdeutlicht, dass indigene Organisationen in Bolivien keinen monolithischen Block darstellen, sondern äußerst heterogene Vorstellungen von ihrer kulturellen Identität und bezüglich der notwendigen staatlichen Transformationen haben. Insbesondere die Identitätskonstruktionen und politisch-rechtlichen Forderungen der CONAMAQ (Consejo de Ayllus y Markas del Qullasuyu) und der CSUTCB (Confederación Sindical Única de Trabajadores Campesinos de Bolivia), jene beiden Organisationen, die vor allem die Quechua- und Aymara-Bevölkerungsmehrheit des Landes vertreten, werden miteinander verglichen und analysiert. Der zweite Teil des Artikels behandelt die Rollen der beiden Organisationen im Kontext der verfassunggebenden Versammlung und ihre Beziehungsverhältnisse zu weiteren indigenen Organisationen Boliviens sowie mit nicht-indigenen Bevölkerungssektoren. Diese Analyse wird anhand der Anwendung der *Grammars of Identity/Alterity* von Baumann und Gingrich (2004) durchgeführt.

1.1 Kulturelle Identität

Identitäten und so auch kulturelle Identitäten haben einen flexiblen, aushandelbaren und situationsbedingten Charakter (vgl. Jenkins 1996;

Barth 1969; Hall 1996). So betont beispielsweise Stuart Hall, dass das von ihm verwendete Identitätskonzept kein essentialistisches, sondern ein strategisches und positionelles ist. Identitäten befinden sich demzufolge in einem ständigen Prozess der Veränderung und können nicht als einheitliche und unveränderbare Konstrukte verstanden werden. Sie werden in multiplen, z.T. antagonistischen und sich überschneidenden Diskursen, Positionen und Praktiken erzeugt und transformiert (Hall 1996: 4). Kulturelle Identitäten entstehen in Beziehungsverhältnissen zwischen Gruppen, die sich als kulturell verschieden auffassen, wobei auch die bestehenden Machtverhältnisse eine wichtige Rolle spielen. Diese Auffassung von kulturellen Identitäten, die sich gegenseitig hervorbringen, betont die Wichtigkeit der Gleichheit und Differenzen für die Konstituierung der Identitäten (Jenkins 1996: 4).

1.2 Indigene Identität

Viele der politisch organisierten indigenen Völker Lateinamerikas verstehen sich nicht als Minderheiten oder ethnische Gruppen, sondern als Völker. Darauf basierend wird Zugehörigkeit definiert und werden spezifische Rechte eingefordert. Die Definition von indigenen Völkern, die derzeit die anerkannteste ist und beispielsweise von den UN verwendet wird, ist: „Indigenous communities, peoples and nations are those which, having a historical continuity with pre-invasion and pre-colonial societies that develop on their territories, consider themselves distinct from other sectors of societies now prevailing in those territories or parts of them. They form at present nondominant sectors of society and are determined to preserve, develop and transmit to future generations their ancestral territories and their ethnic identity, as the basis of their continued existence as peoples, in accordance with their own cultural patterns, social institutions and legal systems“ (Martínez Cobo 1986: para. 379). Diese Definition steht weitgehend im Einklang mit den oben beschriebenen Konzepten der kulturellen Identität: Martínez Cobo vermeidet nämlich Essentialismen und zugebeschriebene Charakteristika (vgl. Assies et al. 2000: 5), womit die Definition mit dem veränderbaren und flexiblen Charakter von Identitäten vereinbar ist.

1.3 Zusammenhänge zwischen indigenen Identitäten und politisch-rechtlichen Forderungen

In den Kämpfen der indigenen Organisationen Lateinamerikas spielt die Betonung der indigenen Identität eine wichtige Rolle, unter anderem, weil sie ein großes Mobilisierungspotential bietet und weil sie konjunkturelle Vorteile mit sich bringt. Indigene Identitäten werden demzufolge unter anderem in politischen Sphären geformt und instrumentalisiert (vgl. Spedding/Arnold 2005: 20). Die indigene Identität hat somit strategischen Charakter, wobei ich den Begriff „Strategie“ im Sinne von Ruth Wodak verstehe: „Strategisches Verhalten ist zielgerichtet, aber nicht unbedingt bis ins letzte bewusst durchkalkuliert und streng instrumentalistisch. Strategien können automatisiert zur Anwendung kommen“ (1998: 74).

Basierend auf der UN-Definition von indigenen Völkern als nicht-dominante und kulturell verschiedene Bevölkerungsgruppen, können verschiedene politisch-rechtliche Forderungen abgeleitet werden. Diese verfolgen in erster Linie das Ziel, die Situation der Unterordnung und Diskriminierung im Kontext der Nationalstaaten zu überwinden. Die Differenz zur dominanten Gesellschaft ist die Basis für die Forderung nach kollektiven Rechten in Bolivien, wie beispielsweise die Anerkennung von indigenen Autonomien und Selbstbestimmungsrechten. Auch für die Veränderung staatlicher Institutionen in interkulturelle Einrichtungen ist es notwendig, die indigenen politischen Systeme als unterschiedlich von den offiziellen staatlichen Systemen anzuerkennen. Die fehlende Anerkennung existierender kultureller Unterschiede verursacht in der alltäglichen politischen Praxis zahlreiche Schwierigkeiten; die geringe Integration indigener Strukturen in staatliche Systeme und die mangelhafte Artikulation zwischen beiden führt zur faktischen Diskriminierung der indigenen Systeme (vgl. Van Cott 2000; Linera 2005).

Die Forderungen bezüglich indigener Rechte beinhalten einerseits die Anerkennung und Etablierung autonomer und selbstbestimmter Räume innerhalb der Staaten – damit zusammenhängend die Rechte über Land und natürliche Ressourcen – und andererseits die Schaffung interkultureller und plurinationaler Staatsapparate. Obwohl beide Arten der Forderungen Anti-Diskriminierungsmaßnahmen darstellen und zu größerer sozialer Gleichheit beitragen sollen, sind die Selbstbestimmungsrechte tendenziell abgrenzender Natur, während die Veränderung des Staatsapparats in erster

Linie integrativen Charakter hat. Führende WissenschaftlerInnen auf diesem Gebiet, wie Van Cott (2000), Sieder (2002) und Kymlicka (1995), sind sich jedoch mit den meisten indigenen Organisationen Lateinamerikas darüber einig, dass die Anerkennung von Selbstbestimmungsrechten nicht der Abspaltung, sondern als Basis für die verstärkte Partizipation im jeweiligen Staat dienen soll. Die beiden Forderungstendenzen verhalten sich daher komplementär zueinander und sollten miteinander einhergehen.

2. CONAMAQ und CSUTCB: Identitäten und politisch-rechtliche Forderungen

Obwohl die historische Kontinuität, die kulturelle Differenz zu anderen Bevölkerungssektoren und die Situation als nicht-dominante Bevölkerungsgruppen in den Diskursen der indigenen Organisationen Boliviens gleichermaßen relevant sind, gibt es doch unterschiedliche Interpretationen und Auffassungen bezüglich dieser Merkmale, die anhand der CONAMAQ und der CSUTCB aufgezeigt werden. Die Beschreibung ihrer jeweiligen Identitätsverständnisse und Forderungen soll auch dazu führen, die Gründe und Ursachen bestehender Konflikte und Differenzen zwischen diesen Organisationen besser nachvollziehen und in politisch-rechtliche Reformprozesse einbeziehen zu können. Avigail Eisenberg betont ebenfalls die Notwendigkeit der Einbeziehung der verschiedenen Identitäten in Reform- und Konfliktlösungsprozesse: „Decisions which fail to take into account whether and how the different identities of those involved are likely to be affected by one outcome or another, are ones that fail to take into account what is often the central and motivating element of many conflicts and, for this reason, are likely to fail as adequate solutions“ (2005: 251).

Die CONAMAQ wurde im März 1997 gegründet und vertritt die *Ayllus* (indigenen Gemeinschaften) der Aymaras, Quechuas und Urus in Potosí, Oruro, Chuquisaca, Cochabamba und La Paz (vgl. Linera 2004: 323). Ihr primäres Ziel ist die Rekonstituierung von prä-kolonialen Strukturen der originären Nationen, was kollektive Landrechte, Re-Territorialisierung, weitgehende Selbstbestimmungsrechte im Rahmen indigener Autonomien und die direkte Repräsentation der Nationen in staatlichen Strukturen beinhaltet. In einigen Regionen, z.B. im Norden von Potosí

und im Süden von Oruro, bestand der *Ayllu* trotz der Hegemonie der ländlichen Gewerkschaften (vor allem ab 1952) weiter, weshalb er in diesen Gebieten einflussreich ist und die fundamentale organisationelle Form der indigenen Gemeinschaften darstellt. In anderen Gebieten, in denen die Gewerkschaften durch *Ayllus* ersetzt wurden, ist die Treue der AnhängerInnenchaft häufig variabel, d.h. sie oszilliert zwischen den *Ayllus* und den Gewerkschaften und die Organisationen der CONAMAQ sind weniger konsolidiert (vgl. Linera 2004: 328-330).

Die CSUTCB ist die soziale Organisation ländlicher Gewerkschaften mit den größten Kapazitäten der Mobilisierung und mit den meisten AnhängerInnen. Sie repräsentiert die originären und indigenen Bauern und Bäuerinnen und ist in allen Bundesländern vertreten, wobei sie in den Gebieten des Hochlandes und der *Valles* (Täler), insbesondere in La Paz und Cochabamba, am präsentesten ist. Sie ging aus einem Kongress im Jahr 1979 hervor, bei dem die Unabhängigkeit von den damaligen politischen Parteien erklärt wurde und sie sich – nach einer langen Vorgeschichte der Kooptierung durch die MNR (Movimiento Nacional Revolucionario) und im Rahmen des Militär-Bauern-Paktes – als autonome Organisation deklarierte (vgl. Linera 2004: 107-115). Die Entstehungsgeschichte und Struktur dieser ländlichen Gewerkschaften ist regional sehr unterschiedlich – so gab es Zonen, wie beispielsweise in Cochabamba, in denen kommunale Strukturen kaum vorhanden waren und in denen die Gewerkschaft praktisch die einzige Organisationsform war, um Forderungen zu artikulieren und die ländliche Bevölkerung zu vereinigen. In anderen Zonen des Altiplano vermischten sich gewerkschaftliche mit bereits vorhandenen kommunalen Strukturen der *Ayllus* und in einigen Zonen, in denen die *Ayllus* sehr stark und präsent waren, wie z.B. im Norden von Potosí, gab es einen extremen Antagonismus zwischen den beiden organisationellen Strukturen (Rivera 2003). Die Gewerkschaften wurden hier in erster Linie als Form der kolonialen Dominanz über die *Ayllus* verstanden.

Es gibt insofern viele Gemeinsamkeiten zwischen der CSUTCB und der CONAMAQ, als beide gewisse Elemente der *Ayllus* in ihre Organisationen und ihr Politikverständnis inkorporieren: die RepräsentantInnen der Gemeinschaften werden als *servidores de la comunidad* aufgefasst, die Ausführung von Ämtern ist rotativ und unentgeltlich, Entscheidungen werden gemeinschaftlich getroffen und Konsensfindungen angestrebt.

Weiters ist beiden Organisationen gemeinsam, dass sie partizipative Strukturen aufgebaut haben und, zumindest auf lokaler Ebene, meist eine große Nähe zwischen RepräsentantInnen und der so genannten Basis aufweisen, was auch daran liegt, dass diese Organisationen im alltäglichen Leben der Gemeinschaften eine große Bedeutung haben, z.B. in Bezug auf Dienstleistungen und Weiterbildungen. Auch bezüglich der Forderungen im Rahmen des verfassunggebenden Prozesses gab es wichtige Übereinstimmungen: Bolivien sollte als plurinationaler Staat anerkannt werden, Menschenrechte wie Rechte auf Nahrung, Unterkunft, Bildung und Gesundheit sollten festgeschrieben werden, indigene Territorien und Autonomien anerkannt werden, die Landwirtschaft und lokale Produkte gefördert und indigene Sprachen als Amts- und Staatssprachen deklariert werden. Eine weitere Gemeinsamkeit ist die Schwierigkeit mit dem Anspruch der Autonomie und den gleichzeitigen finanziellen Abhängigkeiten und externen Einflüssen seitens politischer Parteien und NGOs umzugehen, wobei die CSUTCB tendenziell stärker mit politischen Parteien in Verbindung steht, während die CONAMAQ häufiger von NGOs unterstützt wird.

Innerhalb bestimmter Gebiete und Gemeinden des bolivianischen Hochlandes kommt es häufig vor, dass sowohl Organisationen der CSUTCB als auch *Ayllus* der CONAMAQ vorhanden sind, wobei es immer wieder zu Konflikten zwischen diesen Organisationen kommt. Gewerkschaftliche Organisationen wie die CSUTCB, die *Cocaleros* (Kokabauern) und die *Colonizadores* (Siedler, interne MigrantInnen) werden von der CONAMAQ kritisiert, da diese als VertreterInnen auferlegter externer Strukturen empfunden werden und gefordert wird, dass sie zu ihren kulturellen Wurzeln zurückkehren sollten. Es gibt auch Klassenunterschiede zwischen der CONAMAQ und der CSUTCB in dem Sinne, dass die *Ayllus* der CONAMAQ sich häufig in marginalisierteren und ärmeren Gebieten befinden, was sich in den Autoritäten und der AnhängerInnen-schaft dieser Organisation widerspiegelt, die oft wenig staatliche Bildung aufweisen und nicht korrekt Spanisch sprechen. Derzeit hängen die Spannungen und Konflikte zwischen der CSUTCB und der CONAMAQ auch damit zusammen, dass Mitglieder der CSUTCB Regierungsfunktionen, z.B. als BürgermeisterInnen und Parlamentsabgeordnete, im Namen der MAS (*Movimiento Al Socialismo*) ausführen, während sich die Mitglieder der CONAMAQ oft von staatlichen Institutionen diskriminiert und ausge-

geschlossen fühlen. Im Folgenden werden die Unterschiede zwischen den beiden Organisationen detaillierter beschrieben, um die Gründe für die bestehenden Konflikte besser nachzuvollziehen.

2.1 Die CONAMAQ: Zurück zum Qullasuyu

Die CONAMAQ vertritt ein die Kontinuität, Stabilität und Homogenität betonendes Bild ihrer kulturellen Identität. Sie hat es sich zum Ziel gesetzt, prä-koloniale Strukturen wiederherzustellen: „*La estructura histórica de nuestros antepasados está en vigencia, está presente, todo eso es lo que queremos fortalecer, no es otra cosa.*“ (Interview mit Vicente Flores, indigene Autorität der CONAMAQ, Juli 2006). Die große Bedeutung der historischen Kontinuität im Sinne der Revitalisierung prä-kolonialer Elemente drückt sich auch darin aus, dass die CONAMAQ derzeit die einzige indigene Organisation im *Pacto de Unidad* (Einheitspakt) – dem Zusammenschluss indigener Organisationen Boliviens – ist, die Bolivien in *Qullasuyu* umbenennen will. Der *Qullasuyu* war der Teil des Inkareichs, dem Bolivien angehörte, und die CONAMAQ strebt an, im Rahmen umfassender Dekolonialisierungsprozesse zu diesem Namen zurückzukehren. Von den anderen Organisationen wird sie deshalb als „rückschrittlich, stur, zu radikal, ethnozentristisch“ kritisiert und es gab heftige Konflikte im Einheitspakt, die sich um diese Uneinigkeit drehten. Eine zentrale Schwierigkeit hinter der „Umbenennungsforderung“ ist jene, dass sich die indigenen Völker des Tieflandes nicht mit dem *Qullasuyu* identifizieren, da sie nie ein Teil des Inkareiches waren und diese Forderung der CONAMAQ daher als andino-zentristisch und ausschließend interpretieren. Die CSUTCB forderte ursprünglich ebenfalls die Namensänderung Boliviens in *Qullasuyu*, distanzierte sich allerdings im Rahmen der Zusammenschlüsse mit den indigenen Tieflandorganisationen von diesem Vorhaben.

Das Bild der kulturellen Identität, welches die CONAMAQ vertritt, betont die Homogenität der in *Ayllus* lebenden indigenen Landbevölkerung. Ihre Identität wird bei Versammlungen häufig als Baum symbolisiert, der seine Wurzeln in der Vergangenheit hat, sein Stamm stellt die Gegenwart dar und die Baumkrone verweist auf die Zukunft. Dieses Symbol dient auch dazu, Forderungen nach der Anerkennung indigener Territorien, Rechtsprechungssysteme und Autoritäten zu legitimieren. Das Kulturbild, welches die CONAMAQ vertritt, ist auf Kontinuität und Stabilität

fokussiert, während Veränderungen, Hybridisierungen und die interne Heterogenität kaum thematisiert werden, was zum Teil auch strategischen Charakter hat. Das kulturelle Identitätsbild, welches in der CONAMAQ präsent ist und vermittelt wird, hebt sehr stark die historische Legitimation ihrer Forderungen und den Rückbezug auf das Inkareich hervor (vgl. Linera 2004).

So werden aktuelle interne Veränderungen, wie z.B. die verstärkte politische Partizipation der Frauen in der CONAMAQ, als historische Kontinuität prä-kolonialer Strukturen und als Dekolonialisierungsprozesse verstanden, und zwar in dem Sinne, dass die Geschlechterungleichheiten und die Marginalisierung der Frauen dem Einfluss der Spanier zugeschrieben werden und der aktuelle Transformationsprozess als Rückbesinnung auf die prä-kolonialen – von mehr Gleichheit und Komplementarität der Geschlechter geprägten – Beziehungen interpretiert wird. Auch bezüglich der Landrechte spielen prä-koloniale Zustände eine wesentliche Rolle für die Forderungen nach Land und Territorium: Hier wird das Ziel verfolgt, traditionelle Territorien wiederzuerlangen und die Forderungen nach kollektiven Landrechten basieren größtenteils auf historischen Dokumenten. Das Ziel ist es also, die Territorien der 16 „Hochland-Nationen“, die von der CONAMAQ historisch begründet werden, zu rekonstituieren, was tief greifende Re-Territorialisierungsprozesse mit sich bringen müsste. Die politisch-rechtlichen Forderungen, die in der CONAMAQ vorherrschend sind, beziehen sich in erster Linie auf Selbstbestimmungsrechte, indigene Territorien und die Kontrolle über die bzw. das Eigentum der natürlichen Ressourcen in ihren Gebieten, während die Integration in den Staatsapparat und die Veränderung staatlicher Institutionen im Sinne der Reduktion ethnischer Diskriminierung nur von zweitrangiger Bedeutung sind. Die Forderungen, die sich auf die Veränderung staatlicher Systeme und Institutionen beziehen, sind im Wesentlichen eine Ausweitung bzw. Übertragung des *Ayllus* auf den Staat. So wurde in Anlehnung an die Organisation der *Ayllus* gefordert, dass auch im Parlament und in den Ministerien – nach dem Prinzip von *chacha-warmi* bzw. *qhari-warmi* (Mann-Frau) – die Ämter von Ehepaaren ausgeführt werden, das aufsteigende Rotationsprinzip der Ämter inkorporiert wird und ein viertes staatliches Organ, das „amawtische Organ“, gegründet werden soll. Das amawtische Organ sollte von spirituellen FührerInnen der andinen indigenen Kosmovision zusam-

mengesetzt sein und als Kontrollinstanz und richtungweisendes Organ für die anderen Organe dienen (vgl. CONAMAQ 2006).

Die CONAMAQ stellt das bestehende politische System an sich und insbesondere die politischen Parteien – ähnlich wie die ZapatistInnen in Mexiko (vgl. Kastner 2007) – in Frage und daher ist eine ihrer zentralen Forderungen die direkte Repräsentation ihrer VertreterInnen in allen Instanzen und staatlichen Institutionen. Eine Schwierigkeit der CONAMAQ ist, dass sie den Anspruch erhebt, auch auf nationaler Ebene von traditionellen Autoritäten – die bereits alle Ämter in den *Ayllus* erfüllt haben – vertreten zu werden. Diese Autoritäten haben zwar große Kompetenzen auf lokaler Ebene bzw. in ihren eigenen kulturellen Systemen erlangt, in den Feldern der staatlichen Politik und des staatlichen Rechts sind jedoch häufig andere Anforderungen, wie „westliche“ Bildung und Sprachverhalten, ausschlaggebend. Aufgrund dieser geänderten Anforderungen hat sich die CONAMAQ bei dem letzten Ämterwechsel dazu entschieden, relativ junge RepräsentantInnen – die zwar nicht alle Ämter in den Gemeinschaften ausgeführt haben, aber andere Anforderungen erfüllen – einzusetzen. Dies brachte allerdings neue Probleme mit sich: die Unerfahrenheit der VertreterInnen, die zum Teil geringe Verbindlichkeit mit den *Ayllus* und die geringe Standhaftigkeit in der Vertretung der Anliegen der CONAMAQ.

Die Ablehnung politischer Parteien und Gewerkschaften ist einer der Hauptgründe für die gespannte und distanzierte Beziehung zur MAS. Die Basisorganisationen der MAS vergleichen die CONAMAQ daher mit einem trojanischen Pferd, da zwar temporäre Allianzen eingegangen werden können, die CONAMAQ aber nicht vollkommen hinter der Regierungspartei steht. Die ablehnende Haltung der MAS gegenüber der Forderung der CONAMAQ nach direkter Repräsentation im Parlament war einer der Hauptgründe dafür, dass die CONAMAQ die verfassunggebende Versammlung am 4. August 2007 für sie als abgeschlossen erklärte, sich aus dem Geschehen zurückzog und ihre Fahne, die *Wiphala*, von dem *Teatro Mariscal* – dem Ort, an dem die verfassunggebende Versammlung abgehalten wird – abnehmen ließ. Weitere Gründe liegen in unterschiedlichen Auffassungen zwischen der MAS und der CONAMAQ bezüglich der Rechte über natürliche Ressourcen in indigenen Territorien und über indigene Territorien und Autonomien. Die CONAMAQ zeigte sich von Anfang an äußerst kritisch gegenüber der verfassunggebenden Versamm-

lung aufgrund ihrer Zusammenstellung, da keine indigenen Wahlkreise für die Wahl ihrer Mitglieder implementiert wurden und sie nicht die Möglichkeit hatte, direkte VertreterInnen zu stellen. Diese kritische und distanzierte Haltung zur verfassungsgebenden Versammlung wurde daraufhin weiter vertieft.

Im Dezember 2007 wurde die neue Verfassung von Mitgliedern der CONAMAQ analysiert und über die Haltung bei dem Referendum, das über die Annahme/Ablehnung dieser entscheiden soll, diskutiert. Ein Kritikpunkt der CONAMAQ bezüglich der neuen Verfassung ist jener, dass diese verstärkt gewerkschaftliche Forderungen anerkennt, während einige Forderungen der CONAMAQ, wie z.B. die direkte Repräsentation von indigenen VertreterInnen im Parlament, nicht inkorporiert wurden. Eine weitere Sorge ist die Aushöhlung spezifischer indigener Rechte, indem die Tendenz besteht, diese auf die gesamte Landbevölkerung auszudehnen. So werden in der neuen Verfassung indigene, originäre und *campesino* (Bauern)-Autonomien anerkannt, was den Interessen der CONAMAQ widerspricht, die argumentiert, dass die *campesinos* kein Recht auf Territorium, sondern lediglich auf Land haben. In dieser Kritik wird die Auffassung vieler Mitglieder der CONAMAQ deutlich, sich als „indigener“ zu verstehen als die Mitglieder der ländlichen Gewerkschaften.

Obwohl nicht alle zentralen Forderungen der CONAMAQ in die neue Verfassung inkorporiert wurden, hat diese Organisation eine wichtige Unterstützung durch die am 7. September 2007 von der UNO ratifizierte „Deklaration über indigene Völker“ gewonnen. Bolivien war der erste Staat weltweit, der diese Deklaration im Oktober 2007 als Gesetz anerkannt hat. Die Deklaration stellt ein Druckmittel der CONAMAQ für die Anerkennung traditioneller Territorien, direkter RepräsentantInnen in der staatlichen Politik und von Selbstbestimmungsrechten dar.

2.2 Die CSUTCB: Staat mit indigenem Gesicht

Die CSUTCB ist eine in großem Ausmaß heterogene Organisation, die sowohl Gemeinschaften vertritt, die sich in erster Linie als ländlich, als indigen oder als originär definieren. Sie definiert sich jedenfalls eindeutig als indigene Organisation, wobei die Radikalität der Forderungen je nach Strömung innerhalb der Gewerkschaft unterschiedlich ist. In der Vergangenheit gab es abwechselnd stärker indigen ausgerichtete und moderatere Bewe-

gungen innerhalb der CSUTCB (vgl. Linera 2004). Unter der Führung von Felipe Quispe wurde beispielsweise eine starke indigene Identität eingefordert und wurden insbesondere bezüglich der Selbstbestimmung der indigenen Völker radikale Forderungen formuliert, während unter Roman Loyaza und Evo Morales weniger radikale Positionen vertreten wurden. Die CSUTCB unter Quispe spaltete sich vor einigen Jahren ab und derzeit gibt es in der ländlich-indigenen Gewerkschaft eine Führung, die tendenziell keine radikaleren indigenen Standpunkte vertritt und in großer Nähe zur Regierungspartei steht. Bereits in der Vergangenheit der CSUTCB ging diese Organisation immer wieder Allianzen mit politischen Parteien und linken Intellektuellen ein und sie verbindet wirtschaftliche mit ethnischen Zielen, also den Kampf gegen den Neoliberalismus und den Kampf gegen die ethnische Diskriminierung.

Der derzeitige *Secretario Ejecutivo* der CSUTCB, Isaac Ávalos kommt aus Santa Cruz und beschreibt seine Identität folgendermaßen:

„Isaac: *Yo soy de tierras bajas, medio guarayo, medio cruce con ya español y tanta cosa.*

Almut: Pero habla otro idioma a parte del español?

Isaac: No, ... un poco quechua, ... entiendo“ (Interview mit Isaac Ávalos, Führer der CSUTCB, August 2006).

Das Identitätsbild der CSUTCB ist, im Gegensatz zu jenem der CONAMAQ, stärker von Veränderungen und Hybridisierungsprozessen charakterisiert, was auch in dem Zitat von Ávalos zum Ausdruck kommt. Prä-koloniale Strukturen werden in ihren Diskursen nicht automatisch als revitalisierungswürdig empfunden, so dass von RepräsentantInnen der CSUTCB beispielsweise die Praxis von *chacha-warmi* bzw. *qhari-warmi* nicht angestrebt wird wie in der CONAMAQ. Viele Mitglieder der CSUTCB wollen auch keine kollektiven Landrechte zurückgewinnen, sondern fordern die Umverteilung von Land und die Titulierung im Rahmen von individuellen Grundstücken. In gleicher Weise spielt die Re-Territorialisierung eine geringere Rolle als bei der CONAMAQ und meist wird betont, dass aus strategischen Gründen und, um Konflikte zu vermeiden, bestehende Grenzziehungen weitgehend anerkannt werden (vgl. CSUTCB 2006).

Die CSUTCB strebt an, den Staat zu verändern, zu dekolonialisieren und zu „indianisieren“ und derzeit auch, an der Regierungsmacht

zu bleiben. Dabei geht es vor allem darum, die staatlichen Institutionen und Systeme (Bildung, Gesundheit, Politik, Wirtschaft etc.) interkulturell zu gestalten und die indigenen Systeme anzuerkennen und in den Staat zu integrieren. Es wird das Ziel verfolgt, die nicht-dominante Position der indigenen Völker Boliviens zu überwinden und indigene Systeme auf gleicher Hierarchieebene wie die bisherigen „ordinären Systeme“ anzuerkennen. Ob die indigenen Völker Boliviens dann immer noch als „indigen“ im Sinne von Martínez-Cobo definiert werden können, ist fraglich. Es besteht die Möglichkeit, dass in diesem Fall lediglich einige indigene Minderheiten-völker, vor allem aus dem Tiefland, diese Definition beibehalten und spezifische Rechte zugestanden bekommen.

Das Projekt der CSUTCB ist also in erster Linie auf die Veränderung des Staates an sich ausgerichtet und es geht ihr auch darum, dass Bolivien seine wirtschaftliche Souveränität und Unabhängigkeit wiedererlangt, indem natürliche Ressourcen nationalisiert und industrialisiert werden. Die CSUTCB fordert zwar ebenfalls indigene Autonomien wie die anderen indigenen Organisationen des Landes, verortet diese jedoch häufig lediglich auf der Ebene der Gemeinden und spricht im Unterschied zu den anderen Organisationen auch von der „Autonomie des Staates“, die keine Autonomie im gewöhnlichen Sinn bezeichnet, sondern sich auf die Stärkung des Staates und der Einheit Boliviens bezieht.

Im Vergleich zu den Diskursen der CSUTCB vor der Regierungsübernahme durch Evo Morales im Februar 2006, bei denen die Regierungen den „zentralen Feind“ darstellten, hat sich einiges geändert: die CSUTCB versucht verstärkt, Forderungen auszuarbeiten, die Allianzbildungen mit anderen Sektoren der bolivianischen Bevölkerung ermöglichen: „lo más importante, nuestra propuesta no debe ser sólo para nosotros, sino, debe ser válida para todos: si fuera sólo para nosotros no podremos negociar, por tanto será marginado en la Asamblea Constituyente“ (CSUTCB 2006).

Ethnozentristische und partikularistische Tendenzen, wie z.B. die Forderung, dass PräsidentschaftskandidatInnen indigen sein müssen, wurden aufgegeben und so transformiert, dass sie in der bolivianischen Mehrheitsbevölkerung auf größeres Verständnis stoßen: Die erwähnte Forderung wurde so verändert, dass VertreterInnen des bolivianischen Staates, wie z.B. Parlamentsabgeordnete und MinisterInnen, keine Doppelstaatsbürgerschaft, sondern nur die bolivianische haben dürfen und neben

Spanisch mindestens eine indigene Sprache beherrschen müssen. Während vor der MAS-Regierung auch indigene Rechte als „Schutz und Garantie“ vor staatlichen Einflüssen und Entscheidungen im Vordergrund standen, sind diese in letzter Zeit deutlich in den Hintergrund getreten. Beispielsweise ist die Forderung nach direkten RepräsentantInnen in der staatlichen Politik bzw. die Erleichterung der Anforderungen für indigene Organisationen, eigene KandidatInnen aufstellen können, die Forderung nach dem Ko-Eigentum der natürlichen nicht-erneuerbaren Ressourcen zwischen dem Staat und den indigenen Völkern sowie die Forderung nach weitgehenden indigenen Autonomien derzeit seitens der CSUTCB kaum hörbar. Das wichtigere Ziel ist momentan, an der Regierungsmacht zu bleiben, wofür zum Teil fragwürdige Kompromisse eingegangen wurden. Beispielsweise gab es in der verfassungsgebenden Versammlung die Anordnung der MAS an „ihre“ VertreterInnen, mit der Opposition zu verhandeln, um Konflikte und das mögliche Scheitern der Verfassungsänderung zu vermeiden. Dies hatte zur Folge, dass in manchen Kommissionen der Versammlung die Forderungen des Einheitspaktes der indigenen Organisationen vernachlässigt wurden. Diese Tendenzen sind einerseits damit erklärbar, dass die MAS eine äußerst heterogene Partei ist und es Strömungen in ihr gibt, die Forderungen nach indigenen Rechten als zu radikal verstehen, und andererseits aufgrund des großen nationalen und internationalen Widerstandes der Opposition, um die gegenwärtigen Reformen in Bolivien zu verhindern. Die CSUTCB hat also die schwierige Aufgabe zwischen ihrer Basis, den anderen indigenen Organisationen, der MAS und der Opposition zu vermitteln, was ihre derzeitige Tendenz, die Stabilität und die Einheit zu stärken, verständlich macht.

In Anwendung des Konzepts der *imagined communities* von Benedict Anderson (1991), das Nationen als Artefakte charakterisiert, da sich deren Mitglieder nicht alle persönlich kennen, kann die Aussage getroffen werden, dass die *imagined community*, auf die sich die CSUTCB derzeit hauptsächlich bezieht, jene des bolivianischen Staates ist. Im Unterschied dazu ist die am stärksten präesente *imagined community* in den Diskursen der CONAMAQ – ähnlich wie bei den Autonomiebewegungen der *Departamentos* des Tieflandes – auf regionaler Ebene angesiedelt, mit Bezug auf die „originären Nationen“, die sie vertritt.

Während des Verfassungsänderungsprozesses zeigte sich die CSUTCB als wichtige Verteidigungsinstanz, die die Arbeit der verfassungsgebenden Versammlung beobachtete und unterstützte. In den konflikt- und spannungsvollsten Situationen wurden von der CSUTCB RepräsentantInnen entsendet, um den Fortschritt und die Anerkennung der neuen Verfassung zu garantieren, mit der sich die CSUTCB gänzlich identifiziert.

3. CONAMAQ und CSUTCB: Die *Grammars of Identity/Alterity*

Zum genaueren Verständnis werden die Beziehungen zwischen der CONAMAQ und der CSUTCB sowie zwischen diesen und anderen indigenen Organisationen, mit der MAS und anderen Sektoren der bolivianischen Bevölkerung, die sich als nicht-indigen verstehen, analysiert. Dafür werden die Konzepte der Identitäts- und Alteritätskonstruktionen von Baumann und Gingrich (2004) verwendet, in denen gegenseitige Zuschreibungen und Selbstverständnisse wichtige Faktoren darstellen. In dem strukturellen Ansatz von Baumann/Gingrich wird zwischen folgenden Identitätskonstruktionen unterschieden: die *orientalisation*, die *segmentation* und das *encompassment*.

3.1 Orientalisierung (*Orientalisation*)

Die Orientalisierung bezeichnet die binäre Gegenüberstellung sich ausschließender Eigenschaften und Zuschreibungen, basierend auf Edward Said: „Orientalism is not a simple binary opposition of ‚us=good‘ and ‚them=bad‘, but a very shrewed mirrored reversal of: ‚what is good in us is (still) bad in them, but what got twisted in us (still) remains straight in them““ (Baumann 2004: 20).

Der Prozess der Orientalisierung ist in den Diskursen über die Beziehungen zwischen der CONAMAQ und der CSUTCB deutlich präsent: In der CONAMAQ wird häufig das Bild wiedergegeben, dass die Gewerkschaften die gegenteiligen Eigenschaften zu den *Ayllus* aufweisen, nämlich egoistisch sind, ihren eigenen Vorteil suchen und das Individuelle stärker wertschätzen als das Kollektive und „okzidental“ sind, weshalb sie externe Vorgaben unterstützen, anstatt authentisch zu sein. Auf der anderen Seite agieren die ländlichen Gewerkschaften nach der Logik der Orientalisierung,

wenn behauptet wird, dass die CONAMAQ ethnozentristisch, reaktionär und verschlossen ist, den Rückschritt und die Fragmentierung fördert, während die CSUTCB modern und offen ist und das Beste für alle und die Einheit Boliviens will.

In den Diskursen der indigenen Organisationen Boliviens über das indigene bzw. nicht-indigene System wird oftmals der Eindruck von zwei geschlossenen und „reinen“ Systemen – die sogar als „zwei Republiken“ bezeichnet werden – vermittelt, die sich gegenseitig ausschließen. Diese dualen Konstruktionen sind auch in den Diskursen der CONAMAQ und der CSUTCB auffindbar, die häufig von dem Indigenen und dem Nicht-Indigenen als klar identifizier- und unterscheidbaren Einheiten sprechen und damit extrem simplifizierte Sichtweisen wiedergeben, die nicht den tatsächlich existenten Abstufungen und hybriden Formen in der bolivianischen Bevölkerung entsprechen (vgl. Albó 2006).

Die Postulierung der „zwei Republiken“ kann als Form der Orientalisierung betrachtet werden, da nicht nur zwei imaginäre, getrennte Bevölkerungsgruppen einander gegenübergestellt werden, sondern diesen auch bestimmte, einander konträre Charakteristiken zugeschrieben werden. Das Indigene wird von den indigenen Organisationen sowie von anderen AkteurInnen wie Intellektuellen, StudentInnen- und Jugendvereinigungen, linken Gruppierungen, Umweltschutzgruppen etc. häufig als solidarisch, gemeinschaftlich und umweltverträglich dargestellt, während dem „weißen Bolivien“ die gegensätzlichen Eigenschaften zugeschrieben werden.

Obwohl die geäußerten essentialistischen Bilder offensichtlich nicht der Realität entsprechen, haben sie doch strategische Bedeutung und sind wichtige Elemente im Kampf um indigene Rechte:

- Van Cott (2000: 24ff) beschreibt, dass indigene Organisationen gegenüber externen AkteurInnen häufig Bilder einer objektivierten indigenen Identität präsentieren, die auf konsistenten Kulturmerkmalen beruht, um Unterstützung in ihrem Kampf um indigene Rechte und Ressourcen zu bekommen.

- Die Schaffung idealisierter und positiv besetzter Konstrukte indigener Identität ist auch wesentlich, um fest verankerte und weit verbreitete negative und rassistische Bilder des Indigenen, in welcher ihm Rückständigkeit, Primitivität, Aggressivität etc. zugesprochen wird, zu ersetzen bzw. durch Gegenentwürfe zu entkräften.

- Idealisierte und essentialistische Bilder dienen als Kritik in Bezug auf die dominante Gesellschaft (vgl. Assies et al. 2000: 16). Im Sinne von Prozessen der Orientalisierung werden der indigenen Kultur positive Eigenschaften zugeschrieben und gleichzeitig behauptet, dass diese Eigenschaften in der dominanten Kultur nicht vorhanden sind. Durch den Vergleich zwischen den beiden „Idealtypen“ werden negative Bedingungen und Dynamiken der dominanten Systeme verdeutlicht und Alternativen eröffnet. Die Alternativen richten sich in diesem Zusammenhang auf die Anerkennung des Indigenen und die „Dekolonialisierung und Indianisierung“ des Staates.

3.2 Segmentierung (*Segmentation*)

Die Segmentierung stellt eine Pyramide der Identifikationen, von den kleinsten Zugehörigkeiten zu den Identifikationen auf weitester Ebene dar. Diese Identität/Andersheit ist kontextspezifisch. So kann ein Nuer sich in bestimmten Kontexten als Teil einer spezifischen Gemeinschaft definieren, in anderen als Nuer im weiteren Sinne und in einem weiteren Kontext als Indigener.

In Bezug auf die indigenen Organisationen sind diese Abstufungen auch anzutreffen. Beispielsweise kann sich ein Mitglied der CONAMAQ, je nach Kontext, einer lokalen Gemeinschaft einer Sub-Nation der Quechuas, den Quechuas, den indigenen Hochlandvölkern oder den indigenen Völkern Boliviens bzw. weltweit zugehörig fühlen. Bei internen Treffen einzelner Gemeinschaften der CONAMAQ werden auch lokale Differenzen besprochen und es gibt Bestrebungen, kollektive Landrechte einzelnen Sub-Nationen zuzusprechen. In diesem Sinne verwendet die CONAMAQ eine historisch begründete Landkarte von 16 indigenen Hochlandnationen, die als Basis dafür eingesetzt wird, die traditionellen Territorien einzufordern. Wenn es allerdings darum geht, sich als CONAMAQ nach außen hin zu vertreten, wird in erster Linie ein einheitliches und homogenes Bild der Quechua- und Aymara-Gemeinschaften präsentiert. Auf einer wiederum höheren Ebene, jenem des Einheitspakts, wird die Identitätsdefinition auf die Zugehörigkeit zu den indigenen Völkern Boliviens ausgeweitet und bei internationalen Versammlungen indigener Völker werden die Gemeinsamkeiten der indigenen Völker Lateinamerikas betont. Formen der Segmentierung bei der Identitätskonstruktion der indigenen Organisationen sind

bei Allianzen mit nicht-indigenen AkteurInnen wirksam. Es gibt Zusammenschlüsse, die sich auf gemeinsame Ziele wie ökologische Nachhaltigkeit, Anti-Neoliberalismus und Multikulturalität gründen und in denen neue, gemeinsame Identitäten, beruhend auf bestimmten Charakteristiken, ins Leben gerufen werden.

Der so genannte Einheitspakt in Bolivien besteht aus den wichtigsten indigenen Organisationen Boliviens (CSUTCB, CONAMAQ, CIDOB – *Confederación Indígena Del Oriente Boliviano* etc.) und hatte das Ziel, gemeinsame Forderungen für die Verfassungsänderung mit allen indigenen Organisationen Boliviens auszuarbeiten und politische Strategien zu koordinieren. Obwohl die einzelnen Organisationen äußerst heterogen bezüglich ihres Aufbaus, ihrer Identität und ihren Forderungen sind, ist es gelungen, sich in Bolivien zu einer vereinigten indigenen Bewegung zusammenzuschließen und im Rahmen regelmäßiger Versammlungen einen gemeinsamen Vorschlag zur Verfassungsänderung auszuarbeiten (vgl. Pacto de Unidad 2007). Die MAS hat diesen Vorschlag übernommen und präsentierte sich als Vertreterin des Einheitspakts und der indigenen Organisationen (MAS-IPSP 2006), wobei sie zu einigen dieser Organisationen deutlich mehr Nähe und Übereinstimmungen aufweist als zu anderen. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass die MAS von der CSUTCB, den *Cocaleros* und den *Colonizadores* gegründet wurde (vgl. Linera 2004). RepräsentantInnen dieser drei gewerkschaftlichen Organisationen waren daher deutlich häufiger unter dem Namen der MAS in der verfassungsgebenden Versammlung vertreten als RepräsentantInnen der indigenen Tieflandvölker und der CONAMAQ.

Das oberste Ziel des bolivianischen Einheitspakts ist es, sich im Sinne von „Gemeinsam sind wir stark“ zu vereinigen, sich auf Konsenslösungen zu einigen und eine Front für den Kampf um gemeinsame Forderungen zu bilden. Nach außen wird dabei die homogene gemeinsame Identität unterstrichen. In internen Diskursen werden allerdings auch Differenzen zwischen den einzelnen Organisationen thematisiert und teilweise konfliktgeladen diskutiert. Dabei geht es häufig um die Differenzen zwischen jenen Organisationen, die gewerkschaftlich organisiert sind – ihre Klassenzugehörigkeit als Bauern/Bäuerinnen stärker hervorheben und engere Beziehungen zu der Regierungspartei MAS pflegen – und den Organisationen des Tieflandes und der CONAMAQ, die sich in erster Linie als kulturelle (und

weniger als politische) Projekte verstehen und ihre Autonomie in der Beziehung zur Regierung aufrechterhalten wollen.

Diese Tendenz drückte sich nicht zuletzt darin aus, dass die ländlich-gewerkschaftlichen Organisationen während der verfassungsgebenden Versammlung ein gemeinsames Büro in Sucre hatten und die Tiefland-Organisationen der CIDOB gemeinsam mit der CONAMAQ ein anderes Büro teilten. Der Zusammenschluss zwischen der CONAMAQ und den indigenen Tieflandorganisationen ist durchaus kein neues Phänomen, denn die CONAMAQ hat bereits in der Vergangenheit die Beziehungen und Allianzen mit den Gewerkschaften gemieden, während sie den Zusammenschluss mit den Organisationen aus dem Tiefland suchte, die sie als authentischer betrachtet und die außerdem keine Konkurrenz für sie darstellen. Während der Arbeit der verfassungsgebenden Versammlung gab es wichtige Übereinstimmungen der Forderungen der CIDOB und der CONAMAQ, die nicht in der Form von den gewerkschaftlichen Organisationen geteilt wurden. Diese Forderungen bezogen sich auf die direkte Vertretung der indigenen Völker im Parlament, weitgehende Rechte über natürliche Ressourcen in indigenen Territorien und auf indigene Autonomien, basierend auf traditionellen Territorien.

3.3 Aneignung (*Encompassment*)

Beim *encompassment*, dem Prozess der Aneignung oder des *selfing by appropriating*, werden selektierte Elemente des Andersseins übernommen bzw. ko-optiert. Zwei Ebenen sind in Bezug auf das *encompassment* ausschlaggebend: jene der unteren Ebene, in welcher Unterschiede betont werden, und jene der höheren Ebene, in welcher das Unterschiedliche unter das Universelle bzw. Übergreifende subsumiert wird. Der Prozess der Aneignung, des *selfing by appropriating*, ist sowohl in Bezug auf den Einheitspakt erkennbar als auch in den Beziehungen zwischen der Regierungspartei und den indigenen Organisationen Boliviens sowie in den Beziehungen zur bisher dominanten nicht-indigenen Bevölkerung.

Im Einheitspakt gab es immer wieder Bestrebungen der CSUTCB, sich als „Kopf“ der indigenen Organisationen zu präsentieren und Ávalos sprach in einem Interview davon, dass die CSUTCB die anderen Organisationen praktisch gegründet habe: „*la CSUTCB es mucho más antigua que CONAMAQ, entonces nosotros por eso respetamos que se van creando diferentes*

organizaciones, pero la cabeza ha sido la CSUTCB [...] respetamos también nuestras otras organizaciones que hemos ido creando prácticamente, por ejemplo se ha creado CIDOB, se ha creado CONAMAQ, bueno y otras organizaciones que se han creado también“ (Interview mit Ávalos, Juli 2006). Diese Sicht ist konträr zu der Interpretation der CIDOB und der CONAMAQ, die die postulierte Vormachtstellung der CSUTCB nicht anerkennen, sich gegen deren Dominanz wehren und sich als autonom gegründete Organisationen verstehen.

Auch die Regierungspartei hegt Tendenzen des *encompassments* gegenüber den indigenen Organisationen des Landes. Sie präsentiert sich häufig als Repräsentantin der verschiedenen Organisationen des Einheitspakts (vgl. MAS-IPSP 2006), obwohl sich einige nicht als Teil der Regierung betrachten, sondern bewusst versuchen, außerhalb von politischen Parteien ihre Autonomie zu bewahren. Beispielsweise sagte der Vizepräsident Álvaro García Linera in einem Interview am 6. August 2007, dass die indigene Mehrheitsbevölkerung jetzt in der Regierung sei und die Organisationen des Tieflandes sowie die CONAMAQ einen Fehler damit begehen, sich immer noch als politische Minderheiten zu begreifen und spezifische indigene Rechte, wie z.B. die direkte Repräsentation im bolivianischen Parlament, einzufordern. Ihm zufolge sind diese Forderungen jetzt nicht mehr notwendig, da die Regierung nun die Interessen der indigenen Organisationen und der indigenen Bevölkerungsmehrheit des Landes vertritt (Interview mit Álvaro García Linera, 06. August 2007). Dabei sollte jedoch nicht vergessen werden, dass die Anerkennung indigener Rechte wichtig ist, um diese zu garantieren und nicht vom politischen Willen der jeweiligen Regierungen abzuhängen. Außerdem stellt sich die Frage, inwiefern die Regierungspartei die Interessen aller Organisationen gleichermaßen vertritt bzw. vertreten kann.

Das *encompassment* ist zudem in den Beziehungen zwischen den indigenen Organisationen und der bisher dominanten nicht-indigenen Gesellschaft relevant. Dabei geht es, salopp formuliert, darum, „wer wen einschließt“. Die meist urbane und nicht-indigene Mittel- und Oberschicht Boliviens und die sie vertretenden Instanzen in der verfassunggebenden Versammlung verfolgten das Ziel, den bolivianischen Staat weitgehend so weiterzuführen, wie er bisher war, und ihre hegemoniale Stellung einschließlich der Diskriminierung indigener Systeme und Elemente beizu-

behalten. Indigene Rechte sollen lediglich auf untergeordneten Ebenen anerkannt werden, während die zentralen Machtzentren weiterhin nach ihrem kulturellen Verständnis funktionieren sollen. In diesem Sinne wurde in der verfassungsgebenden Versammlung dafür gekämpft, dass Spanisch weiterhin die einzige offizielle Staatssprache bleiben soll und die indigenen Autonomien den Autonomien der *Departamentos* untergeordnet werden sollen (vgl. PODEMOS 2006). Auch in dem im Dezember 2007 von AnhängereInnen der *Departamento*-Autonomien veröffentlichten Autonomie-Statut (*Asamblea Provisional Autonomica de Santa Cruz 2007*) werden indigene Rechte und Systeme als dem „ordinären System“ untergeordnet konzipiert, was einen der Gründe für die Inkompatibilität dieses Dokuments mit der neu ausgearbeiteten Verfassung darstellt. Die indigenen Organisationen verfolgten das Ziel, dass ihre Rechte nicht lediglich auf untergeordneten Ebenen und im Rahmen von „Sonderrechten“ anerkannt werden, sondern dass ihre Rolle als legitime Eigentümer und Entscheidungsträger im Staat anerkannt wird. Die Organisationen des Einheitspakts sind sich darüber einig, dass eigentlich sie als RepräsentantInnen der Bevölkerungsmehrheit die nicht-indigene Gesellschaft einschließen müssten.

4. Schlussfolgerungen und Ausblick

Das Beispiel der Identitätsverständnisse und politisch-rechtlichen Forderungen der CSUTCB und der CONAMAQ macht die engen Zusammenhänge zwischen politischen Feldern und Aushandlungsprozessen von kulturellen Identitäten deutlich. Bei den Konflikten zwischen diesen Organisationen geht es einerseits um verschiedene Identitätsverständnisse und Zielvorstellungen und andererseits um die jeweiligen Einflussbereiche, verknüpft mit dem Kampf um Ressourcen und Macht. Auch der strategische Charakter indigener Identitäten wird thematisiert.

Seitens der beschriebenen Organisationen gibt es immer wieder Tendenzen, dem jeweils anderen die Existenzberechtigung abzuspochen, indem die Aussage getroffen wird, dass dieser in der Zukunft verschwinden soll bzw. sich der eigenen Organisation anschließen sollte. Um das friedliche Zusammenleben und die Ko-Existenz von AnhängereInnen der CSUTCB und der CONAMAQ bestmöglich zu sichern, wäre es jedoch von großer

Wichtigkeit, die Differenzen und die dahinter liegenden Vorstellungen zu verstehen. Durch die vorgeschlagenen Reflexionsprozesse könnte der notwendige Respekt geschaffen werden, um gemeinsame Wege des Zusammenlebens – bei Anerkennung der Unterschiede und ohne Diskriminierung – zu finden.

Darüber hinaus wären Allianzen zwischen den beiden Organisationen für die Durchsetzung gemeinsamer Ziele von großer Wichtigkeit, insbesondere wenn man bedenkt, dass wirtschaftlich und politisch mächtige Sektoren der bolivianischen Bevölkerung versuchen, tief greifende Reformen des Staates im Sinne der Anerkennung der Interkulturalität und Plurinationalität zu verhindern. Die Forderungen der CONAMAQ, die ihren Fokus insbesondere auf die Selbstbestimmung legen, und jene der CSUTCB, die in erster Linie darauf abzielen, den Zentralstaat zu verändern, sind zu einem großen Teil komplementär. Die Differenzen zwischen der CSUTCB und der CONAMAQ sollten zwar reflektiert und kommuniziert, aber nicht so sehr in den Vordergrund gerückt werden, dass die Gemeinsamkeiten zum Verschwinden gebracht werden.

Literatur

- Albó, Xavier/Suvelza, Franz Barrios (2006): Por una Bolivia Plurinacional e Intercultural con Autonomías. La Paz: IDH Bolivia.
- Anderson, Benedict (1991): Imagined Communities: reflections on the origin and spread of nationalism. London: Verso.
- Asamblea Provisional Autónoma de Santa Cruz (2007): Estatuto del Departamento Autónomo de Santa Cruz. Bolivia
- Assies, Willem/Haar, Gemma van der/Hoekema, André J. (Hg., 2000): The Challenge of Diversity. Indigenous Peoples and Reforms of the State in Latin America. Amsterdam: THELA THESIS.
- Barth, Frederic (Hg., 1969): Ethnic Groups and Boundaries: The Social Organisation of Culture Difference. Oslo: Universitetsforlaget.
- Baumann, Gerd/Gingrich, Andre (2004): Grammars of Identity/Alterity. A Structural Approach. New York/Oxford: Berghahn.
- Baumann, Gerd (2004): Grammars of Identity/Alterity. A structural approach. In: Baumann, Gerd/Gingrich, Andre (Hg.): Grammars of Identity/Alterity. A Structural Approach. New York/Oxford: Berghahn, 18-50.
- CSUTCB (2006): Nueva Constitución Plurinacional. Propuesta política desde la visión de campesinos, indígenas y originarios. Bolivia: CSUTCB. www.constituyentesoberana.org/info/?q=propuesta-cpe-resumen-csutcb, 22.3.2008.

- CONAMAQ (2006): Constitución Política del Estado Plurinacional. Quillasuyu Bolivia. Bolivia: CONAMAQ.
- Eisenberg, Avigail (2005): Identity and liberal politics: the problem of minorities within minorities. In: Eisenberg, Avigail/Spinner-Halev, Jeff (Hg.): Minorities within minorities. Equality, Rights and Diversity. Cambridge: Cambridge University Press, 249-270.
- Hall, Stuart (1996): Who needs identity. In: Hall, Stuart/Du Gay, Paul (Hg.): Questions of Cultural Identity. London/Thousand Oaks/New Delhi: Sage, 1-17.
- Jenkins, Richard (1996): Social Identity. London: Routledge.
- Kastner, Jens (2007): Auf dem Spielfeld der Macht. Kollektives Gedächtnis und Positionierung, Stuart Hall und Pierre Bourdieu, EZLN und CIPO-RFM. In: Hinderer, Max/Kastner, Jens (Hg.): Pok Ta Pok. Aneignung – Macht – Kunst. Wien: Turia + Kant, 93-109.
- Kymlicka, Will (1995): Multicultural citizenship. A liberal theory of minority rights. New York: Oxford University Press.
- Linares, Álvaro García (Hg., 2004): Sociología de los movimientos sociales en Bolivia. Estructuras de movilización, repertorios culturales y acción política. La Paz: Plural.
- Linares, Álvaro García (2005): Estado multinacional. Una propuesta democrática para la extinción de la exclusión de las naciones indígenas. La Paz: Editorial Malatesta.
- Martínez Cobo, José (1986): Study of the Problem of Discrimination Against Indigenous Populations, U.N. Doc. E/CN.4/Sub.2/1986/7/Add.4.
- MAS-IPSP (Mai 2006): Propuesta para la Asamblea Constituyente. Refundar Bolivia para vivir bien. La Paz: MAS.
- Pacto de Unidad (Mai 2007): Constitución Política del Estado. Propuesta Consensuada del Pacto de Unidad. Bolivia. http://www.apostamosxbolivia.org/axb/noticias/280507_PROPUESTA_%20PACTO_UNIDAD.pdf, 22.3.2008.
- PODEMOS (2006): Proyecto de Constitución Política del Estado. Constituyente para la gente. Bolivia. www.constituyentesoberana.org/info/?q=node/68, 22.3.2008.
- Rivera Cusicanqui, Silvia (2003): „Oprimidos pero no vencidos“. Luchas del campesinado Aymara y Quechwa 1900-1980. La Paz: THOA.
- Sieder, Rachel (Hg., 2002): Multiculturalism in Latin America. Indigenous Rights, Diversity and Democracy. Basingstoke: Palgrave.
- Spedding, Alison/Arnold, Denise (2005): Mujeres en los Movimientos Sociales en Bolivia. La Paz: ILCA.
- Van Cott, Donna Lee (2000): The Friendly Liquidation of the Past: The Politics of Diversity in Latin America. Pittsburgh: University of Pittsburgh Press.
- Wodak, Ruth/Cillia, Rudolf de/Reisigl, Martin (1998): Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Angeführte Interviews

- Schilling-Vacaflor, Almut (Interviewerin) (2006, 02. Juli): Interview mit Vicente Flores, indigene Autorität der CONAMAQ (Tonträger). Privatbesitz.
- Schilling-Vacaflor, Almut (Interviewerin) (2006, 23. August): Interview mit Isaac Ávalos, Secretario Ejecutivo der CSUTCB (Tonträger). Privatbesitz.
- Schilling-Vacaflor, Almut (Interviewerin) (2007, 06. August): Interview mit Álvaro García Linera, Vizepräsident Boliviens und Sozialwissenschaftler (Tonträger). Privatbesitz.

Abstracts

Der Artikel vergleicht die Identitätskonstruktionen und politisch-rechtlichen Forderungen der CONAMAQ und der CSUTCB – jene Organisationen, die insbesondere die Quechua- und Aymara-Bevölkerungsmehrheit des Landes repräsentieren – im Kontext der verfassungsgebenden Versammlung. Dabei wird deutlich gemacht, dass die indigenen Organisationen in Bolivien keinen monolithischen Block darstellen, sondern äußerst heterogene Vorstellungen ihrer kulturellen Identität und bezüglich der notwendigen staatlichen Transformationen vertreten. Auch die Beziehungsverhältnisse zu anderen Sektoren der bolivianischen Bevölkerung werden anhand der *Grammars of Identity/Alterity* analysiert. Während die CSUTCB wirtschaftliche mit ethnischen Zielen verbindet und den Staat interkulturell gestalten will, definiert sich die CONAMAQ in erster Linie als „kulturelles Projekt“, in dem vor allem indigene Autonomien und Selbstbestimmungsrechte angestrebt werden.

This article compares the identity constructions and politico-judicial demands of CONAMAQ and CSUTCB – which almost exclusively represent the Quechua and Aymara majority populations – in the context of the Constituent Assembly. It is shown that indigenous organizations in Bolivia can not be seen as a monolithic entity, but represent heterogeneous concepts of their cultural identity and necessary state transformations. The relations of those organizations between each other and with other sectors of the Bolivian population are analyzed by applying the *Grammars of Identity/Alterity*. Whereas CSUTCB articulates economic with ethnic

demands, aiming to create an intercultural state, CONAMAQ defines itself as a “cultural project”, seeking indigenous autonomy and the right to self-determination.

Almut Schilling-Vacaflo
Wilhelminenstr. 11-17/2/45
A-1160 Wien
waiki@gmx.net